

PDS strebt Fraktionsstärke an Arbeitsplätze am Standort sichern

Wer kennt ihn nicht, Günter Judick, den einzigen Ratsvertreter der PDS in Velbert. Fünf Jahre lang setzte er sich in seiner ruhigen, freundlichen und sachkompetenten Art für die Belange des kleinen Mannes, respektive der kleinen Frau ein.

Nun, kurz vor Beginn der neuen Legislaturperiode will G. Judick aus Altersgründen nicht mehr an der Spitze kandidieren, auch will er mehr Zeit für sein Hobby, die Geschichte haben.

Seine Ratsarbeit war nicht immer leicht, da er als „Einzelkämpfer“ weniger Rechte hatte als ein Ratsvertreter in einer Fraktion.

Dies soll nun anders werden. Die **PDS** strebt in diesem Wahlkampf den Fraktionsstatus an und will dies mit einer bunt gemischten Reserveliste erreichen.

Zusätzlich stellt sie einen Bürgermeisterkandidaten, damit Velberts Bürgerinnen und Bürger eine Wahlalternative haben gegen den Einheitskandidaten der etablierten Parteien.

Die SpitzenkandidatInnen der Reserveliste der **PDS** sind:

Platz 1: Harry Gohr (54),



er führt die Liste an und kandidiert gleichzeitig für das

Bürgermeisteramt. Harry Gohr ist Busfahrer bei den Wuppertaler Stadtwerken, verheiratet, Vater von zwei Söhnen, ver.di Mitglied und Betriebsrat. Er wendet sich gegen den Ausverkauf der Kommunen und setzt sich für die Erhaltung von Arbeitsplätzen am Standort Velbert ein. Originalton Gohr: „Die unsoziale Entwicklung muss gestoppt werden, auch wenn der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) die mittelständische Industrie aufgefordert hat, noch mehr Arbeitsplätze in so genannte Billiglohnländer zu verlagern. Hier ist die Politik gefordert. Gesetze müssen die Abwanderung ins Ausland verhindern. Selbst Bundeskanzler Schröder nannte die Haltung des DIHK-Chefs unpatriotisch.“

Platz 2: Petra Pollmann (44),



parteilos, Sachbearbeiterin am Düsseldorfer Flughafen, Mutter eines Sohnes, ver.di Mitglied und Betriebsrätin. Pollmann war 19 Jahre Mitglied der SPD und von 1999 bis 2003 Stadträtin der Partei. Originalton Petra Pollmann: „Ich bin aus der SPD ausgetreten, weil ich diesen Sozialraub ablehne und bekämpfe.“

weiter auf S.3

Hartz - Infarkt bedroht 3.000 Velberter Familien

Nach den Raubzügen der so genannten Gesundheitsreform, der Kürzung der Renten durch Verdoppelung der Abzüge für die Pflegeversicherung und Aussetzen der Rentenanpassung, droht jetzt mit Hartz IV der größte Angriff auf das Bundesdeutsche Sozialsystem.

Statt Banken und Konzerne zu zwingen, ihre Milliardengewinne zur Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Land einzusetzen, werden Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger bestraft, die Leistungen gekürzt, Zwangsarbeit zu Billiglöhnen angedroht.

Nach einer Vereinbarung zwischen der „Agentur für Arbeit“, dem Kreis und den Städten soll die neue Elendsverwaltung bei

der Stadt angesiedelt werden. Immerhin entstehen dann eventuell ein Dutzend neue Arbeitsplätze. Allerdings keine gerade empfehlenswerten, denn die hier Beschäftigten werden es mit der Wut der vom Sozialraub Betroffenen und der Enttäuschung derer, die trotz aller Bemühungen keinen Arbeitsplatz bekommen, zu tun haben. Wichtigste Voraussetzung für Bewerber ist ein dickes Fell.

1.700 Langzeitarbeitslose, die bisher Arbeitslosenhilfe bekommen, werden dann zusammen mit 1.300 bisherigen Sozialhilfeempfängern, die als arbeitsfähig gelten, von der Stadt ihre zumeist wesentlich verringerten Leistungen bekommen. In diesen Tagen bekommen die

Betroffenen zunächst die 16 Seiten Fragebogen zugestellt. Sie sind eine Erpressung, alle Elemente des Datenschutzes spielen keine Rolle mehr. Wer Unterstützung haben will, hat sich zunächst einmal bis auf's Hemd auszuziehen. Als arbeitsfähig gilt, wer mindestens drei Stunden am Tag arbeiten kann. Wer von drei Stunden Arbeit leben kann, woher die Arbeitsplätze kommen, die ihnen von der Stadt vermittelt werden sollen, weiß niemand. Sicher aber ist, dass hunderte bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger völlig ohne Unterstützung bleiben werden, vom Geld ihrer Angehörigen, von gekündigten Lebensversicherungen, vom fürs Alter Gesparten leben müssen. Und ob

die Wohnung nach Meinung der Behörde zu groß ist und deshalb die Kosten nicht übernommen werden, ob das Auto - oft für die Suche nach neuer Arbeit lebenswichtig - nicht durch ein billigeres ersetzt oder ganz verkauft werden muss, darüber entscheiden die Verordnungen und Beamte.

weiter auf S.3

Aus dem Inhalt:

**Seite 2: Über „Wilhelmshöhe“ lässt sich spekulieren
Sparen, sparen, sparen**

**Seite 3: Fortsetzungen v. S.1
Auf Wohnungssuche**

**Seite 4: Warum ich für den
Stadtrat kandidiere
Jede Stimme zählt**

Über „Wilhelmshöhe“ lässt sich viel spekulieren...

Am 29. August.04, traf sich die „Bürgerinitiative Wilhelmshöhe“ in der Vereinigten Gesellschaft, um Informationen zum Sachstand zu geben und das weitere Vorgehen zu beraten.

Herr Höfert stellte die aktuelle Beschlusslage dar, nachdem der Rat dem Einspruch von Bürgermeister Hörr gefolgt war, die Rücknahme der Änderung des Flächennutzungsplans für die Wilhelmshöhe durch den Umwelt- und Planungsausschuss abzulehnen.

eines gesamten Hofes für rund 700.000 Euro verkauft wurde, nur vier Wochen später als Teilstück für 1.050.000 Euro kaufte, doch liege die strafrechtliche Beurteilung nicht im Aufgabenbereich der Bürgerinitiative.

Zur Klärung, ob es sich hier vielleicht um Untreue handele, habe man den Bund der Steuerzahler informiert. Statt sich auf rechtliche Fragen zu konzentrieren, wolle man sich lieber an die untere Landschaftsbehörde, die



Zur Erinnerung: CDU, velbert anders und die Hälfte der FDP haben für die Bebauung gestimmt, **PDS**, SPD, Grüne und Stadtteile Voran dagegen.

Des Weiteren legte Herr Höfert dar, was jetzt nach dem Beschluss zu geschehen habe, nämlich die Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange und die Bürger, etwas, was bisher kaum geschehen sei. Ein Klage-recht für Betroffene gebe es aber erst ab der Aufstellung eines Bebauungsplanes, der entweder parallel oder nach dem des Flächennutzungsplanes erfolgen könne. Einer Möglichkeit, dass die Bürgerinitiative vor Gericht gehen könnte, gerade wegen der dubiosen Umstände des Kaufs durch die Stadt, schloss Herr Höfert aus.

Zwar sei es durchaus merkwürdig, dass die Stadt das Areal, nachdem es bei der Auflösung einer Erbengemeinschaft mitsamt

Kommunalaufsicht, den Petitionsausschuss des Landtages und die Bezirksregierung Düsseldorf wenden.

Mehrere Redner kritisierten nachher, dass durch die vielen „outgesourcten“ (Reiner König/SPD) städtischen Gesellschaften häufig keine demokratische Kontrolle über Entscheidungen des „Konzerns Stadt“ mehr möglich sei.

Auch **PDS**-Ratscherr Günther Judick kritisierte, dass er als Ratsmitglied nur eingeschränkt die Möglichkeit hätte, sich über das, worüber abgestimmt wird, kundig zu machen. So habe er zum Beispiel über die Ratsvorlage, wo es zu ersten Mal um die Wilhelmshöhe ging, nur gewusst, dass es um eine Bürgerschaft für die **EVV** (**Eigentums-Verwertungsgesellschaft mbH Velbert**) für irgendeinen Grundstückskauf ging, nicht aber um welchen. **alf.**

Sparen, sparen, sparen - ist das Velberts **einzige Perspektive?**

Der Verkauf von 25 Prozent der Stadtwerke an RWE hat die Stadt ärmer gemacht, langfristig ihre Einnahmen verringert.

Doch das zählt schon nicht mehr bei der Vorlage der Eckwerte für den neuen, erst vom nächsten Stadtrat zu beschließenden Etat 2005. Hauptsache: Der Etat ist ausgeglichen, die Auflagen des Haushalts-sicherungskonzept sind weg. So jedenfalls die Erfolgsmeldung. Doch der eiserne Sparkurs bleibt, die Stadt lebt von der Substanz. Es bleibt das Prinzip Hoffnung auf eine grosse Steuerreform zu Gunsten der Gemeinden.

Doch davon Träumen unsere Städte seit Jahren, außer Versprechungen ist nichts passiert. Die Umverteilung von unten nach oben findet auch auf den Ebenen des Staates statt. Milliarden Steuergeschenke an Banken und Grosskonzerne, Milliarden Ausga-

ben für Kampfpluzeug und den weltweiten Einsatz der Bundeswehr sind nun einmal wichtiger als Schulen, Straßen, soziale und kulturelle Einrichtungen in den Städten - und das egal wer regiert.

Deshalb sind Kommunalwahlen ebenso politische Entscheidungen wie die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Die Kandidaten der **PDS** (Offene Liste) können und werden nicht versprechen, dass mit ihrer Wahl in Velbert alles anders wird. Sie werden, wie bisher ihr möglichstes tun, gegen höhere Belastung der Bürger durch Steuern, Gebühren und Abgaben anzutreten. Aber ihre Wirkungsmöglichkeiten werden vor allem davon bestimmt, wie Bürger selbst sich zur Wehr setzen, sich in der Kommunalpolitik ebenso wie gegen alle Varianten des Sozialabbaus engagieren. **g.j.**

Das Plakat zum Thema



Sage niemand: „Das geht mich nichts an, mich betrifft es ja nicht.“ Wenn Tausende in unserer Stadt wirklich auf Billigst-Arbeitsplätze gedrängt werden, gefährdet das die Löhne und Gehälter auch derer, die heute noch Arbeit haben. Wenn 1.700 Familien in unserer Stadt ab 1. Januar 2005 ihr bisheriges Einkommen ganz oder teilweise verlieren, dann fehlen zigtausend Euros in den Kassen unserer Geschäfte, drohen Pleiten, werden Arbeitsplätze vernichtet, wo angeblich neue geschaffen werden sollen.

Das geht mich nichts an!

Auch für die Stadt ist die Übernahme der Verantwortung für die Schaffung von 3.000 Arbeitsplätzen kein gutes Geschäft, selbst dann nicht, wenn der Versprochene Finanzausgleich vom Bund voll erfolgen sollte. Einmal sind schon jetzt neue Aufgaben für die Städte angekündigt worden (Kinderkrippenplätze) die mit dem durch Hartz Eingesparten finanziert werden sollen, zum anderen werden die kommunalen Behörden, Rat und Verwaltung zu Prügelknaben einer asozialen Politik, die sie nicht zu verantworten haben.

Allerdings, die Parteien, in

Berlin, in Düsseldorf und in Brüssel, die die Politik des Sozialraubs beschließen und verantworten - SPD und Olivgrün, CDU



und FDP - verteidigen auch in Velbert diese Politik, statt sich gegen die Ausplünderung unserer Bürger und die Einengung kommunaler Selbstverwaltung zu wehren. Hier, in unserer Stadt beginnt Veränderung, deshalb haben auch Kommunalwahlen etwas zu tun mit dem Kampf gegen den drohenden Hartz-Infarkt. Und die Betroffenen brauchen auch in der Kommunalpolitik mehr denn je eigene Interessenvertreter.

Den Sozialräubern auch bei der Kommunalwahl die Rote Karte zeigen. **PDS** wählen. g.j.

Platz 3: Uwe Adam (44), seit zwei Jahren in der **PDS**, beschäftigt bei der Agentur für Arbeit (ehemals Arbeitsamt), verheiratet, Vater einer Tochter und ver.di Mitglied. Adam hat sich aktiv in der Bürgerinitiative „Pro Nizzabad“ engagiert. Originalton Uwe Adam: „Ich halte Arbeitslosengeld II für einen Offenbarungseid einer verfehlten Sozialpolitik der rot-grünen Koalition. Über 500.000 Menschen werden in finanzielle Abseits gestoßen, ohne jede soziale Unterstützung!“

Platz 4: Bianca Stoff (19), seit drei Jahren in der **PDS**, hat gerade ihr Abitur gemacht und will Sprachwissenschaften studieren, ist überzeugte Vegetarierin. Originalton Bianca Stoff: „PISA hat es bewiesen, unser Schulsystem muss reformiert werden. Studiengebühren sind da allerdings der absolut falsche Weg.“

Platz 5: Michael Alfermann (21), seit drei Jahren in der **PDS**, Student des Maschinenbaus, überzeugter Langenberger, hat sich aktiv in der Bürgerinitiative „Pro Nizzabad“ engagiert, ist Verfechter des Linux Betriebssystem. Originalton Michael Alfermann: „Unsere Umwelt erhalten und schützen! Unsere Gesellschaft so verändern, dass sie sozial und gerecht ist.“

Sie haben die Wahl am 26. September 2004. Soll alles bleiben wie es ist oder wird es höchste Zeit wieder sozial zu wählen?

Hartz IV und die Einführung von Arbeitslosengeld II werden sich auch auf unsere Kommune auswirken bis hin auf den Einzelhandel, da immer mehr Kaufkraft schwindet. Wir bitten Sie, entscheiden Sie sich diesmal für die **PDS**.

sst.

Aufgemerkt!

PDS-Velbert zweimal im Monat:

Jeden zweiten und vierten Freitag im Parkrestaurant „Zur Flora“, Oststr. 48 Kleiner Saal immer ab 20.00 Uhr

Jedermann -frau ist herzlich eingeladen mal reinzuschauen.

Privatisierung der WOBAU oder - die praktischen Folgen für Wohnungssuchende...

Früher hatte die Stadt Belegwohnungen bei der WOBAU. So war es kein ernsthaftes Problem, dass (fast) jede/r, auch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Hochverschuldete, Haftentlassene eine Wohnung fanden.

Neuerdings hängt in vielen WOBAU-Häusern ein Schild im Treppenhaus: „Wenn Sie uns neue Mieter vermitteln, erhalten Sie von uns 50 Euro!“

Dieses Schild machte mir Mut, als ich vor kurzem wegen schrecklichem, persönlichen Ärger mit meinen Vermietern dringend eine andere Wohnung brauchte.

Also ging ich zuerst zur WOBAU. Ich antwortete ehrlich auf deren Fragen:

„Ja, ich bekomme Arbeitslosenhilfe. Nein, ich kann nicht mehr als 300 Euro Miete zahlen. Ja, ich stehe in der Schufa, weil ich vor zwei Jahren selbständig war. Nein, ich habe keine Mietschulden. Kaution würde das Sozialamt wohl zahlen.“

Das „Ja, ich stehe in der Schufa“ war das Entscheidende. „Sie hören von uns.“ Nach zwei Tagen kam ein Brief. Die WOBAU lehnte mich wegen der Schufa ab.

Ich war entsetzt, ging zur städtischen Wohnungsstelle, fragte nach. Mir wurde gesagt: „Da können wir gar nichts für Sie tun. Wir haben keine Belegwohnungen mehr, wenn die WOBAU Sie ablehnt, können wir nichts tun. Die meisten der großen Gesellschaften nehmen keine Mieter mit hohen Schufa-Einträgen, da bleiben Ihnen wohl nur die Privaten!“ Haben Sie schon mal versucht, bei privaten Vermietern eine Wohnung zu finden, wenn Sie arbeitslos sind, sehr wenig Miete zahlen können, die Schufa negativ ist und die Kaution vom Sozialamt kommt?

Es war sehr schwierig. Ich hatte Glück, fand sehr nette private Vermieter. Aber wird das allen gelingen?

Es ist ein unmöglicher Zustand, dass die Stadt durch die Privatisierung der WOBAU keine Möglichkeiten mehr hat, auch für Menschen in sozialen Problemlagen Wohnungen zu belegen!

Warum ich für den Stadtrat kandidiere?

Schlüsselbund sprach mit Michael Alfermann, Kandidat auf Platz fünf der Liste

Schlüsselbund: Sie sind Mitglied der **PDS** und kandidieren auf Platz fünf der Liste der **PDS** für den Rat der Stadt Velbert. Warum?

M. A.: Zur **PDS** bin ich gegangen, weil ihr Eintreten für soziale Gerechtigkeit und eine Intakte Umwelt sowie das Aufzeigen einer gesellschaftlichen Alternative das notwendige Kontrastprogramm zum unsozialen CDU/SPD/FDP/Grünen Einheitsbrei ist. Diesen Einheitsbrei gibt es ja auch in Velbert, das ist ja schon an der Tatsache, CDU, SPD und FDP denselben Bürgermeisterkandidaten aufstellen, zu erkennen. Ich möchte mit der PDS eine Politik entgegenstellen, die sich an den Interessen der Bürger und nicht der Investoren orientiert, die konsequent gegen Privatisierung von kommunalem Eigentum steht.

Schlüsselbund: Was stört Sie denn daran? Es wird doch immer behauptet privat liefe alles besser.

M. A.: Ja, das wird behauptet. Das liegt aber auch daran, dass die Privaten sich die profitablen Bereiche raussuchen, oder wie in Großbritannien beim Trinkwasser massiv die Qualität herabsetzen. Wenn man sich zum Beispiel die Stadtwerke ansieht, die sind ja schon zum Teil privatisiert. RWE hält inzwischen Anteile. Aber nur an den Unternehmensbestandteilen, die schon vorher definitiv Gewinne

abwarfen, nämlich dem Energie-sektor, die defizitären Bäder sind ausgeklammert. Hier werden Gewinne privatisiert und die Stadt bleibt auf den Schulden sitzen.

Schlüsselbund: Apropos Bäder, Sie sind ja nicht nur bei der **PDS** aktiv.



M. A.: Ja, ich engagiere mich ebenfalls in der Bürgerinitiative „Pro Nizzabad“ für den Erhalt des Langenberger Freibades. Ich fand es damals einfach furchtbar, dass dieses schöne Bad einfach geschlossen werden sollte. Ich schwimme gerne dort, auch wenn ich leider nicht oft dazu komme. Aber es geht ja nicht nur um mich. Für viele Kinder und Jugendliche wäre eine einmalige Freizeitmöglichkeit verloren gegangen. Es wird immer mehr beklagt, unsere Kinder bewegen sich zu wenig. Wie sollen sie denn auch, wenn es immer weniger Möglichkeiten dazu gibt. Zum Glück sah das eine Mehrheit derjenigen, die sich am Bürgerentscheid beteiligt haben, genauso.

Schlüsselbund: Aber das ist nicht

ihr einziges Beteiligungsfeld außerhalb der **PDS**.

M. A.: Richtig, ich beteilige mich ebenfalls am Protest gegen die Bebauung an der Wilhelmshöhe. Nicht nur, weil ich es ein Ünding finde, dass dort, wo es so gut wie keine Infrastruktur gibt, ein ganzes Feld platt gemacht wird. Unsere Stadt lebt vom Grün. Schlimm sind auch die Umstände, wie es zu dem ganzen gekommen ist [Anmerkung der Redaktion: siehe Artikel zur Wilhelmshöhe]. Zwar kritisiert jetzt auch die SPD dieses Geflecht an städtischen Gesellschaftlichen, die der demokrati-

schen Kontrolle des Rates entzogen sind, doch kann sie nicht von sich behaupteten sie hätte effektiv etwas dagegen getan. Im Gegenteil, sie hat diese Entwicklung mitgetragen. Dieses System der stadteigenen GmbH's ist übrigens auch nicht reformierbar, da die vom Rat bestellten Aufsichtsrät diesem wegen der Verschwiegenheitspflicht nicht über die Interna berichten können. Hier hilft nur eine konsequente Rückgliederung an die Stadt!

Schlüsselbund: Wir danken für das Gespräch.



Jede Stimme zählt – Kommunalwahl ohne Fünf - Prozent - Klausel!

Im Schulunterricht haben wir gelernt, dass ohne 5 Prozent-Klausel eine zu große Zersplitterung des Parlaments entsteht. Verhältnisse wie in der Weimarer Republik drohen. Doch was als Mittel zur Festigung der Demokratie verkauft wird, hat sich längst als Einschränkung der Demokratie erwiesen. Die 5%-Prozent-Hürde sorgt mit dafür, dass die etablierten Parteien unter sich bleiben. Wer mit Parteien liebäugelt, die noch klein oder neu sind, kriegt vorgehalten, seine Stimme zu verschenken.

1999 nun wurde diese Hürde für die Kommunalwahl in NRW abgeschafft: Ein Sieg für die Bürgerinnen und Bürger. Sie haben damit mehr Wahlfreiheit. Sie können ihre Entscheidung konsequent danach ausrichten, welcher Partei Sie den Vorzug geben möchten. Das wahltaktische Verwirrspiel – „kommt die Partei, die ich eigentlich wählen will, rein oder kommt sie nicht rein“ – zählt nicht.

Auf dieser Basis konnte die **PDS** bei der Wahl 1999, dort, wo sie antrat, zahlreiche Mandate erreichen. Das wollen wir

diesmal ausbauen. Wenn wir die Ergebnisse der Europawahl in diesem Jahr bestätigen können, wird die PDS an mehr Orten, mit sehr viel mehr Mandaten in die Stadträte und Bezirksvertretungen einziehen. Sie können mit ihrer Stimme dafür sorgen, dass der Ratsklüngel nicht länger unter sich bleibt, und endlich etwas getan wird für die, die mit Hartz IV, Sozialabbau und Kaputtspartpolitik unter die Räder kommen. Am 26. September können Sie frei von der Leber weg abstimmen. Nutzen Sie diese Chance.

P. Schäfer (Landessprecher der **PDS** NRW)

Bäder
Klinikum
Stadtwerke

A dem
Ausverkauf
die rote Karte

Am 26. September
sozial wählen!

PDS
www.pds-velbert.de

2. Gesamtschule

JETZT

Weil Kinder und Eltern
ein Recht darauf haben!

Am 26. September
sozial wählen!

PDS
www.pds-velbert.de

Impressum Schlüsselbund

erschient unregelmäßig im RaumVelbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
S, Stoff, Nordstr. 24,
42551 Velbert,
Email: mail@pds-velbert.de
Web: www.pds-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.